

## Hebesatz-Satzung der Gemeinde Lampertswalde

Aufgrund von §§ 4 und 73 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03. 03. 2014 (SächsGVBl. 2014, S. 146), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 02. 04. 2014 (SächsGVBl. S. 234, 237) in Verbindung mit § 7 Sächsische Kommunalabgabengesetz (SächsKAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. 08. 2004 (SächsGVBl. S. 418), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 28.11.2013 (SächsGVBl. S. 822, 840) sowie den §§ 1 und 25 des Grundsteuergesetzes (GrStG) vom 07. 08. 1973 (BGBl. I S. 965), das zuletzt durch Art. 38 des Gesetzes vom 19. 12. 2008 (BGBl. I S. 2894) geändert worden ist und §§ 4 und 16 des Gewerbesteuer-Gesetzes in der Bekanntmachung vom 15. 10. 2002 (BGBl. I S. 4167) zuletzt geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 25. 07. 2014 (BGBl. I S. 1266) beschließt der Gemeinderat Lampertswalde die folgende Hebesatz – Satzung der Gemeinde Lampertswalde am 18. 11. 2014.

### § 1 Hebesätze

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

1. für die Grundsteuer
  - a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe  
(Grundsteuer A) auf 285 v. H.
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf  
der Steuermessbeträge 370 v. H.
  
2. für die Gewerbesteuer auf 390 v. H.  
der Steuermessbeträge

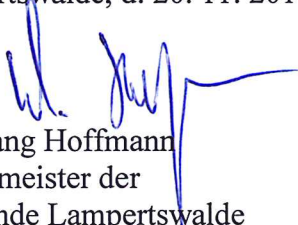
### § 2 Geltungsdauer

Die Hebesatz-Satzung gilt unbefristet.

### § 3 Inkrafttreten

Die Hebesatz – Satzung tritt am 01. 01. 2015 in Kraft.

Lampertswalde, d. 20. 11. 2014

  
Wolfgang Hoffmann  
Bürgermeister der  
Gemeinde Lampertswalde



Hinweis:

Nach § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
  - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
  - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist die Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.